

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

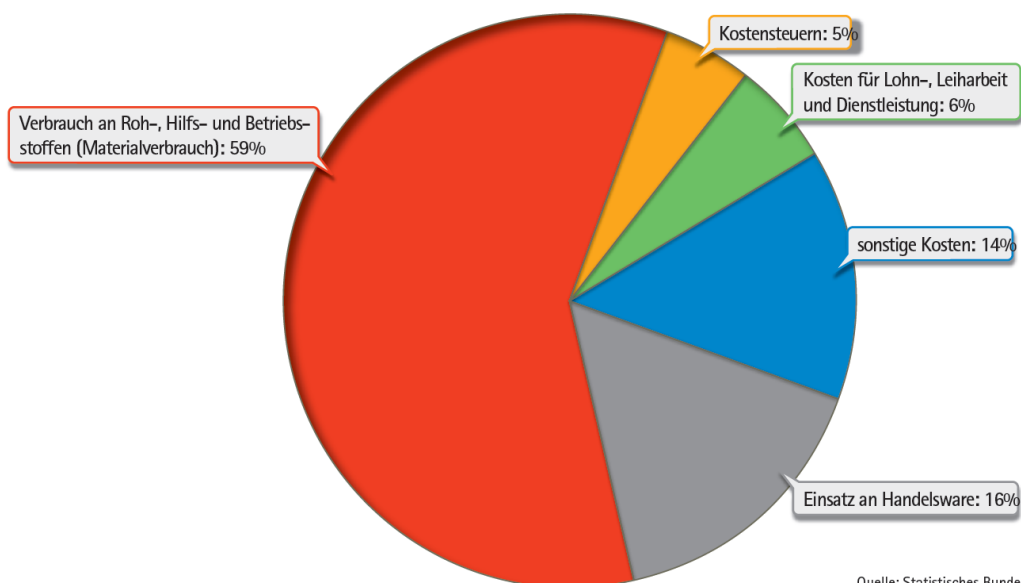
ROHSTOFFE: Zugang sichern, Ressourcen schonen

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

Rohstoffe: Zugang sichern, Ressourcen schonen

Die Versorgung mit Rohstoffen ist Grundvoraussetzung wirtschaftlicher Wertschöpfung. Politisches Handeln muss aus Sicht der deutschen Unternehmen vor allem dadurch geprägt sein, den Zugang zu Rohstoffen zu sichern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Innovationskraft der Unternehmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz unterstützen.

Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Bemühungen der Unternehmen bei der Rohstoffbeschaffung flankieren
- Transparenz im Rohstoffsektor durch praktikable Instrumente sichern
- Zugang zu heimischen Rohstofflagern langfristig sichern
- Effizienz und Innovation unterstützen

Bemühungen der Unternehmen bei der Rohstoffbeschaffung flankieren

Abhängigkeit und Konkurrenz trotz sinkender Preise: Deutschland ist Nettoimporteur von Rohstoffen. Importe von über 77 Milliarden Euro stehen Exporten von nur etwa 15 Milliarden Euro gegenüber. Besonders importintensiv sind Öl, Gas, metallische Rohstoffe und viele Industriemineralien. In den letzten Jahren sind die Preise für Rohstoffe zwar gesunken. Mittlerweile zeigt der Trend jedoch wieder aufwärts – das kann sich durch die Entwicklung in den Schwellenländern und eine veränderte Nachfragesituation noch verstärken. Besonders das verarbeitende Gewerbe ist für die Produktion hochwertiger Waren auf die Einfuhr dieser Rohstoffe angewiesen. Ihre Ausgaben für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betragen fast 60 Prozent der Gesamtkosten. Versorgungssicherheit und Preisstabilität von Rohstoffen ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Dies gilt insbesondere für Spezialmetalle bei neuen Technologien der Kraftfahrzeugbranche, Elektronik oder Umwelttechnik.

Was zu tun ist: Die Unternehmen kennen ihren Rohstoffbedarf selbst am besten und engagieren sich bei der Suche nach geeigneten Beschaffungsquellen. Bundesregierung und EU sollten auf faire Wettbewerbsbedingungen im internationalen Rohstoffhandel hinwirken. Die Politik sollte die Unternehmen durch Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern, durch Fortführung der Investitions- und Exportgarantien für Explorationsprojekte sowie Informationsangebote zu Verfügbarkeit und zu Substitutionsmöglichkeiten bei der Rohstoffbeschaffung unterstützen.

Transparenz im Rohstoffsektor durch praktikable Instrumente sichern

Nachweispflichten im Rohstoffsektor schaffen Bürokratie: Bereits heute treffen Pflichten zur Offenlegung der Herkunft von Rohstoffen in den USA (Dodd-Frank-Act) deutsche Unternehmen als Zulieferer und bedeuten eine hohe zeitliche und finanzielle Belastung. Die geplante EU-Regelung zu Konfliktmineralien mit aufwändigen Prüf- und Berichtspflichten würde die Bürokratie für Unternehmen zusätzlich erhöhen. Herstellung und Import dieser Mineralien und der aus ihr gefertigten Vorprodukte würden dann aufwändiger und kostspieliger. Die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen könnte so leiden und Produktion in der Folge ins Ausland abwandern.

Was zu tun ist: Unternehmen tragen Verantwortung beim Bezug ihrer Rohstoffe. Sie beteiligen sich an Initiativen zur Verhinderung von Korruption und leisten durch Zertifizierungen einen Beitrag zum konfliktfreien Handel mit Rohstoffen. Außerdem soll Deutschland im Jahr 2017 Mitglied der sogenannten Extractive Industries Transparency Initiative (D-EITI) werden. Um gerade kleine und mittlere Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht zu schwächen, sollten freiwillige Maßnahmen zur verantwortungsvollen Rohstoffbeschaffung Vorzug vor neuen Nachweispflichten bekommen. Bei der Erstellung der geplanten Verordnung zu Konfliktmineralien sollte die Bundesregierung auf EU-Ebene deshalb darauf hinwirken, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht unverhältnismäßig belastet werden. Damit der Zugang zu diesen Metallen für KMU nicht beschränkt wird, sollten weite Bagatellschwellen definiert, Nachweispflichten erleichtert und ein Verzeichnis zertifizierter Lieferanten (Whitelist) erstellt werden.

Zugang zu heimischen Rohstofflagern langfristig sichern

Flächenkonkurrenz beschränkt heimischen Rohstoffabbau: Deutschland verfügt über ergiebige Rohstoffvorkommen insbesondere bei Steinen und Erden, aber auch bei Industriemineralien. Die Erschließung neuer Abbaustandorte wird jedoch schwieriger. Sie gerät zunehmend in Konkurrenz zu anderen Flächennutzungen und stößt auf Ablehnung in der Gesellschaft. Darüber hinaus schaffen die weitreichenden und häufig zu wenig abgestimmten Vorschriften zum Gebiets-, Natur- und Artenschutz für viele Betriebe Hemmnisse beim Abbau vorhandener und der Erschließung neuer Vorkommen. Dabei bietet die Renaturierung von Rohstoffabbaustätten eine Möglichkeit zur späteren Entwicklung von Biotopen, die der Tourismuswirtschaft zur Nutzung als Erholungs- und Freizeitgebiete dienen können.

Was zu tun ist: Um eine ausreichende Versorgung mit heimischen Rohstoffen für die Unternehmen sicherzustellen, bedarf es eines integrierten Konzepts zur strategischen Sicherung der Rohstoffversorgung und einer vorausschauenden Raumplanung auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene. Damit auch Massenrohstoffe (wie beispielsweise Sande oder Kiese) bei Bedarf unabhängig von konjunkturellen Schwankungen erschlossen werden können, sollte die Raumordnung langfristige Planungshorizonte anwenden. Politik und Wirtschaft sollten gemeinsam das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Notwendigkeit des heimischen Rohstoffabbaus stärken.

Die Umsetzung umweltrechtlicher Vorgaben sollte auf allen Ebenen (z. B. Gewässer-, Natur-, Immissionsschutz) so erfolgen, dass Exploration und Gewinnung heimischer Rohstoffe in Deutschland auch in geschützten Gebieten möglich bleibt. Dafür sollten unter Auflagen auch befristet Ausnahmen gewährt werden können. Die Umweltverträglichkeitsprüfung stellt hier sicher, dass Vorhaben nur genehmigt werden, wenn überwiegende öffentliche Interessen den Eingriff rechtfertigen, keine erhebliche Beeinträchtigung der Schutzgüter zu erwarten oder ein Ausgleich durch die Unternehmen gesichert ist.

Damit die Prüfung dieser Voraussetzungen Vorhaben nicht um Jahre verzögert, sollten die genehmigungsrechtlichen Verfahren zur Zulassung von Abbauvorhaben optimiert werden. Dies gilt in gleicher Form für die Versorgung der Wirtschaft mit heimischen Energieträgern einschließlich erneuerbaren Energien. Technologien zur Gewinnung von Erdgas sollten dabei mit größter Sorgfalt und unter Beachtung des Gewässerschutzes weiterentwickelt werden. Der Sicherung der Trinkwasserversorgung für Unternehmen sollte dabei besonders Sorge getragen werden, ohne den Einsatz neuer Technologie ganz oder durch unerfüllbare Auflagen faktisch zu verbieten.¹

¹ Viele Unternehmen der Lebensmittel-, Tourismus- und Wasserwirtschaft wie auch einige IHKs setzen sich für ein Verbot der Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten Deutschlands ein. Sie befürchten zu große Risiken dieser Technologie für den Umwelt-, Gesundheitsschutz sowie die Trinkwasserversorgung. Andere IHKs und Unternehmen insbesondere aus der Rohstoff-, Energiewirtschaft und dem verarbeitenden Gewerbe schätzen das Risiko dagegen als geringer ein und positionieren sich deshalb für den Einsatz dieser Technologie. Der DIHK setzt sich dafür ein, dass die Entwicklung und Nutzung dieser Technologie in Deutschland grundsätzlich möglich bleibt, wenn dabei zugleich ein hoher Schutz für Trinkwasser- und Gewässer sichergestellt wird.

Effizienz und Innovation unterstützen

Staatliche Mindeststandards behindern effizienten Ressourceneinsatz: Deutsche Unternehmen investieren erfolgreich in neue Technologien für mehr Effizienz auf allen Stufen der Wertschöpfungskette. Strenge Produktstandards, umweltrechtliche Anforderungen oder die Benachteiligung in öffentlichen Ausschreibungen schränken jedoch die Verwendbarkeit von Recyclingmaterial ein. Dies stellen viele Unternehmen beispielsweise beim Einsatz von Sekundärrohstoffen im Hoch- und Tiefbau oder Regranulat in der Kunststoffindustrie fest.

Was zu tun ist: Statt Mindesteffizienzstandards zu setzen – wie sie die EU durch neue Vorgaben im Rahmen der Öko-Design-Richtlinie vorsieht – sollte der Staat innovative Ansätze für mehr Ressourceneffizienz in Unternehmen unterstützen. Das würde gerade die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen fördern. Auch beim Recycling zählen die richtigen Rahmenbedingungen: Mit unternehmerischem Engagement und in einem wettbewerblichen Markt für Sekundärrohstoffe mit europaweit vergleichbaren Qualitätsstandards kann die Wirtschaft das Potenzial des Recyclings besser erschließen. Rechtliche und administrative Hemmnisse bei der Verwendung von Sekundärrohstoffen sollten deshalb geprüft und wenn möglich abgebaut werden. Für eine funktionierende Kreislaufführung von Ersatzbaustoffen sollten zurückgewonnene Sekundärrohstoffe gegenüber Naturmaterialien gleichgestellt werden. Anforderungen des Boden- oder Gewässerschutzes sollten dazu mit den Zielen der Ressourceneffizienz vereinbar sein und hochwertige Ersatzbaustoffe wie Naturmaterialien gehandelt und in öffentliche Ausschreibungen als gleichwertig anerkannt werden.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- Kooperation mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) zur Information der Unternehmen
- Vermittlung wiederverwertbarer Materialien über die IHK-Recyclingbörse
- Aufbau von Rohstoffkompetenzzentren in den Bundesländern und bei den AHKs
- Koordinierung der Stakeholder-Gruppe Privatwirtschaft in der Transparenzinitiative der deutschen Rohstoffwirtschaft D-EITI
- Rohstoffspezifische Factsheets, Rohstoffreports und –Analysen
- Netzwerke zu Materialeffizienz und Rohstoffinnovation
- Initiativen zur Steigerung der Material- und Ressourceneffizienz, Innovationsförderung zur Materialsubstitution